Berliner Drogenpolitik oder Politik als Droge

Prof. Dr. Ramón Sotelo

Sex and Drugs and Rock and Roll, ein insbesondere für das alte Westberlin typisches Lebensgefühl, scheint Vorbild für politisches Handeln geworden zu sein. Der Konsum von Drogen berauscht zunächst, führt mit der Ernüchterung zu einem geringeren Niveau der gefühlten positiven Befindlichkeit bei gleichzeitiger Sehnsucht nach erneutem Rausch. Eine bestimmte Politikerkaste, angeführt vom Kreuzberger Baustadtrat Florian Schmidt, hat offenbar erkannt, dass diese Prinzipien auch auf Politik übertragen werden können.

Die Einstiegsdroge bestand in Maßnahmen, die das Wohnungsangebot preislich regulieren – so geschehen mit der Anwendung der Mietpreisbremse in Berlin. Dem Rausch der Bewohner „nun können wir alle preiswerter wohnen" folgte die Ernüchterung. Wohnen wurde für Wohnungssuchende noch schwieriger. Es tritt der Effekt auf, dass bei geringeren Preisen mehr Fläche von den Nachfragern, die eine Wohnung erhalten, absorbiert wird. Weil es in der Summe deswegen nicht mehr Wohnungen gibt, bleiben mehr Menschen unterversorgt.

Die nächste Droge bestand in der Ausweisung von Milieuschutzgebieten. Es folgt der gleiche Prozess: Rausch in Hoffnung und Ernüchterung aufgrund selbigen Zusammenhangs: Es wird das Angebot, nicht aber die Nachfrage reguliert, so dass es erneut zu einem guten Gefühl, tatsächlich aber zu einer weiteren Anspannung am Wohnungsmarkt kommt.

Wie es bei Drogen so ist: Zum Erreichen des gleichen Rauschzustandes, ist die Dosis stets zu erhöhen. Nun also die Ausübung von gemeindlichen Vorkaufsrechten mit der Folge, dass wieder wahllose Mieter künftig wenig Miete – kaschiert als „bezahlbare Miete" – zahlen müssen… Rausch und dann Ernüchterung, dass sich seltsamerweise die gefühlte Wohnungssituation weiter verschlechtert. Nun soll die nächste Dosis kommen: Verstaatlichung privaten Wohnungsbestandes, euphemistisch auch als Rekommunalisierung bezeichnet. Alternativ bietet der Regierende Bürgermeister die Variante von staatlich festgesetzten Mieten in der Größenordnung von 6-7 €/m² an. Das ist doch toll: Dann kann das Studienratsehepaar mit zwei Kindern künftig mit 30% ihres verfügbaren Einkommens locker wieder, wie zu besten Westberliner Zeiten, ihre 200 m² Altbauwohnung beziehen. … Rausch… Die Ernüchterung ist, dass auch diesen schönen Traum nur ganz wenige verwirklichen können, weil so viel Wohnraum in der Summe gar nicht vorhanden ist. Und auch volkswirtschaftlich – Bodenwerte hin oder her – kann zu diesen Preisen nicht gebaut werden … Ernüchterung.

Die Berliner Wohnungspolitik hat den Boden der ökonomischen Realität längst verlassen. Erklärbar ist diese Politik nur noch, wenn man ihrem Konzept unterstellt, dass sie Maßnahmen wie Drogen handhabt. Und das Ende wird die große Ernüchterung sein. In der Zwischenzeit sichern sich besagte Akteure die politische Macht auf Kosten von Geringverdienern, die mit dieser Politik noch weniger Chancen auf eine Wohnung haben. Es wird Zeit, dass unsere Politik sowie unsere Gesellschaft wieder mehr nach dem Motto „mehr Rechtsstaatlichkeit wagen" – frei nach Willi Brand – handelt. Die Justiz ist gefragt. Denn all diese Maßnahmen, die das Eigentum beschränken, sind letztlich verfassungswidrig, weil sich die Frage, ob die Mittel verhältnismäßig sind, gar nicht stellt. Diese Mittel sind schlichtweg gar nicht geeignet. Und deswegen erübrigt sich die Prüfung der Verhältnismäßigkeit. Unsere Gesellschaft hat einen Anspruch auf drogenfreie Politik.

Zum Titelbild ·

MICHAEL SCHICK IMMOBILIEN
WE LIVE INVESTMENT.
www.schick-immobilien.de